

FREIBERUFLER-TICKER vom 17. Juli 2026

1. Parlamentarisches Frühstück der AG Mittelstand

Die jüngsten Ergebnisse des Koalitionsausschusses standen im Mittelpunkt des parlamentarischen Frühstücks der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand am 30. Juni 2026. In der AG Mittelstand arbeitet der BFB mit neun weiteren maßgeblichen Organisationen zusammen. Im Dialog mit Gitta Connemann MdB (CDU), Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie und Beauftragte der Bundesregierung für den Mittelstand, sowie Sandra Stein MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages, wurden die Auswirkungen des Reformpakets auf den Mittelstand diskutiert. Das vorgelegte Reformpaket setzt erste wichtige Signale. Im offenen Austausch mit den beiden Politikerinnen und zahlreichen weiteren Bundestagsabgeordneten wurde jedoch deutlich, worauf es aus Sicht des Mittelstands nun besonders ankommt. Bei neuen Regelungen muss der Mittelstand von Beginn an mitgedacht werden, damit für die Unternehmen keine zusätzlichen Pflichten, Risiken oder Belastungen entstehen. Zugleich müssen die angekündigten Maßnahmen zum Bürokratieabbau für die Betriebe tatsächlich spürbar werden und zu konkreten, messbaren Entlastungen führen. Ebenso wichtig ist eine verlässliche Ausgestaltung der geplanten Reformen. Die Maßnahmen müssen solide finanziert, praxistauglich umgesetzt und im engen Austausch mit den betroffenen Unternehmen entwickelt werden. Das Fazit der AG Mittelstand lautet: Das Reformpaket ist ein wichtiger Schritt. Nun kommt es darauf an, die positiven Maßnahmen wirksam umzusetzen, dauerhaft und verlässlich abzusichern und den eingeschlagenen Reformkurs durch weitere konkrete Entlastungen für den Mittelstand fortzuführen.

2. KMU blieben tragende Säule der deutschen Wirtschaft

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erwirtschafteten 2024 rund 2,8 Billionen Euro und damit 29 Prozent des gesamten Umsatzes in Deutschland. Mehr als 3,5 Millionen Unternehmen beziehungsweise über 99 Prozent aller privatwirtschaftlichen Unternehmen zählten zu den KMU. In ihnen arbeiteten knapp 22 Millionen Menschen und damit mehr als die Hälfte aller abhängig Beschäftigten. Zudem stellten KMU 68 Prozent der Ausbildungsplätze. Diese Zahlen [veröffentlichte](#) das Institut für Mittelstandsforschung Bonn am 3. Juli 2026. Ein Blick auf die Freien Berufe ergänzt dieses Bild: Sie sind Herzstück des Mittelstands und zugleich wichtige Partner der Unternehmen. Gerade die beratenden Freien Berufe stehen den KMU bei wirtschaftlichen, rechtlichen und steuerlichen Fragen verlässlich zur Seite. Nach der Freiberufler-Statistik des BFB waren 2025 rund 1,49 Millionen Freiberuflerinnen und Freiberufler selbstständig. Sie beschäftigten in ihrem Teams knapp 4,8 Millionen Menschen. Gemeinsam erwirtschaften sie 10,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zudem absolvierten rund 128.600 junge Menschen eine Ausbildung bei den Freien Berufen. Die neue Freiberufler-Statistik wird voraussichtlich im Spätsommer veröffentlicht.

3. Bundesregierung beschließt weitere Entlastungsmaßnahmen

Die Bundesregierung beschloss am 15. Juli 2026 im zweiten [Entlastungskabinett](#) weitere Maßnahmen zum Bürokratieabbau und zur Modernisierung von Staat und Verwaltung. Nachdem laut Bundesregierung seit dem ersten Entlastungskabinett mehr als 40 konkrete Vorhaben auf den Weg gebracht worden seien, die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie die öffentliche Verwaltung jährlich um rund zehn Milliarden Euro entlasten, sollen mit den neuen Beschlüssen Verfahren weiter beschleunigt, digitale Lösungen ausgebaut und unnötige Berichtspflichten reduziert werden. Die Bundesregierung bekräftigte zudem ihren Anspruch, den

Bürokratierückbau ressortübergreifend konsequent fortzusetzen und weitere Entlastungen auf den Weg zu bringen.

4. Vereinfachungen bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die Europäische Kommission verabschiedete am 3. Juli 2026 [delegierte Rechtsakte](#) bezüglich überarbeiteter Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung (ESRS) sowie einen freiwilligen Berichtsstandard für kleinere Unternehmen. Ziel ist es, den Verwaltungsaufwand zu senken und gleichzeitig eine hochwertige Nachhaltigkeitsberichterstattung sicherzustellen. Die ESRS regeln die Berichterstattung etwa zu Umwelt- und Sozialaspekten und sind Teil des Vereinfachungspakets „Omnibus I“, welches bereits den Kreis der von der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) erfassten Unternehmen deutlich reduziert. Die jetzt überarbeiteten Standards sind deutlich schlanker: Die Zahl der verpflichtenden Datenpunkte wird um mehr als 60 Prozent, die Gesamtzahl der Datenpunkte um über 70 Prozent reduziert. Dadurch sollen die Berichtskosten pro Unternehmen deutlich sinken. Der freiwillige Berichtsstandard schafft zudem einen einheitlichen Rahmen für kleinere Unternehmen außerhalb der CSRD. Er erleichtert die Beantwortung von Informationsanfragen und begrenzt zugleich den Umfang der Nachhaltigkeitsdaten, die größere Unternehmen von ihren Geschäftspartnern verlangen können.

5. Green Jobs bleiben stabil

Rund 404.900 Menschen waren 2024 in Deutschland mit der Herstellung von Gütern oder der Erbringung von Leistungen für den Umweltschutz beschäftigt. Damit blieb die Zahl der „Green Jobs“ nahezu auf dem Vorjahresniveau. Rund 55.500 dieser Arbeitsplätze entfielen auf den Dienstleistungssektor, darunter die Planung und Projektentwicklung für erneuerbare Energien in Architektur- und Ingenieurbüros. Das [teilte](#) das statistische Bundesamt am 16. Juli 2026 mit. Die Freien Berufe leisten einen zentralen Beitrag zur ökologischen Transformation. Beispielsweise entwickeln Architektinnen und Architekten, Ingenieurinnen und Ingenieure sowie weitere beratende und technische Berufe Lösungen für Klimaschutz, Energieeffizienz und nachhaltiges Bauen.

6. Corona-Hilfen stabilisierten Unternehmen und Beschäftigung

Die Corona-Wirtschaftshilfen des Bundes stabilisierten Unternehmen und Arbeitsplätze wirksam. Nach am 9. Juli 2026 [veröffentlichten](#) Berechnungen des ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschafts-Forschung GmbH Mannheim bewahrten sie 2020 und 2021 rund 140.000 Unternehmen vor der Schließung und sicherten etwa 280.000 Arbeitsplätze. Fehlanreize und die vorübergehende Stützung wirtschaftlich schwacher Kleinstunternehmen blieben im Verhältnis zur positiven Gesamtwirkung begrenzt. Der BFB setzte sich insbesondere dafür ein, dass Solo-Selbstständige und kleine freiberufliche Einheiten nicht durch das Raster der überwiegend auf betriebliche Fixkosten ausgerichteten Programme fielen. Die Überbrückungshilfe III wurde umfassend erweitert: Die integrierte „Neustarthilfe“ unterstützte Solo-Selbstständige und Kleinstunternehmen. Zugleich trugen insbesondere die beratenden Freien Berufe maßgeblich zur praktischen Wirksamkeit der Coronahilfen bei.

7. Corona-Enquete: Hilfen wirkten, müssen künftig zielgenauer sein

Die Corona-Branchenhilfen trugen wesentlich dazu bei, eine tiefe Rezession und eine breite Schließungswelle zu verhindern. Das wurde in einer [Anhörung](#) der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“ des Deutschen Bundestages am 9. Juli 2026 deutlich. Die Sachverständigen verwiesen unter anderem

auf eine teilweise unzureichende Differenzierung und problematische Rückforderungen. Für künftige Krisen brauche es daher frühzeitig entwickelte, klare und verlässliche Regeln, auf die sich insbesondere kleinere Unternehmen einstellen können.

8. Künstlersozialabgabe steigt 2027

Die Künstlersozialabgabe soll laut einer [Mitteilung](#) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 3. Juli 2026 2027 von derzeit 4,9 auf fünf Prozent steigen. Damit kehrt der Abgabesatz auf das Niveau der Jahre 2023 bis 2025 zurück. Die Abgabe wird von Unternehmen und Einrichtungen entrichtet, die Leistungen selbstständiger Künstlerinnen, Künstler, Publizistinnen und Publizisten verwerten. Bemessungsgrundlage sind die hierfür gezahlten Honorare. Über die Künstlersozialversicherung werden derzeit rund 185.000 selbstständige Künstlerinnen und Künstler und Publizistinnen und Publizisten als Pflichtversicherte in die gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung einbezogen.

9. Lebenserwartung erreicht neue Höchstwerte

Die Lebenserwartung in Deutschland ist 2025 auf einen neuen Höchststand gestiegen. Damit setzte sich die deutliche Erholung nach den Rückgängen während der Coronapandemie fort. Nach [Angaben](#) des Statistischen Bundesamtes vom 7. Juli 2026 beträgt die Lebenserwartung bei Geburt für Frauen durchschnittlich 83,6 Jahre und für Männer 79,1 Jahre. Auch die verbleibende Lebenserwartung der 65-Jährigen hat weiter zugenommen. Diese Entwicklung unterstreicht zugleich die wachsende Bedeutung der Freien Berufe für eine älter werdende Gesellschaft. Gefragt sind insbesondere eine leistungsfähige medizinische und therapeutische Versorgung, kompetente Beratung bei Vorsorge-, Steuer- und Rechtsfragen sowie altersgerechtes und barrierefreies Planen und Bauen.

10. EU-Bevölkerung wächst

Die Bevölkerung der Europäischen Union (EU) ist laut einer [Mitteilung](#) des statistischen Amtes der EU vom 10. Juli 2026 2025 das fünfte Jahr in Folge gewachsen. Zum 1. Januar 2026 lebten rund 452 Millionen Menschen in der EU, etwa 706.000 mehr als ein Jahr zuvor. Das entspricht einem Zuwachs von 1,6 Personen je 1.000 Einwohner. Die höchsten Wachstumsraten verzeichneten Malta mit 24,1, Zypern mit 13,7 und Luxemburg mit 13,1 Personen je 1.000 Einwohner. Am stärksten ging die Bevölkerung in Lettland mit minus 8,3, in Estland mit minus 6,8 und in Ungarn mit minus 5,4 Personen je 1.000 Einwohner zurück. Deutschland gehörte zu den elf Mitgliedstaaten mit rückläufiger Bevölkerung. Die Einwohnerzahl sank um rund 110.000 auf 83,47 Millionen. Mit einer Veränderungsrate von minus 1,3 je 1.000 Einwohner fiel der Rückgang jedoch deutlich geringer aus als in den am stärksten betroffenen Ländern.

11. Mehr als jede dritte Lehrkraft ist mindestens 50 Jahre alt

An Deutschlands allgemeinbildenden Schulen waren im Schuljahr 2024/25 insgesamt 35,4 Prozent der Lehrkräfte mindestens 50 Jahre alt. Besonders hoch war der Anteil in Sachsen-Anhalt mit 50,7 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern mit 46,8 Prozent. Zugleich erreichte die Teilzeitquote mit 43,9 Prozent einen neuen Höchststand. Auch der Quer- und Seiteneinstieg gewinnt an Bedeutung: 11,2 Prozent der Lehrkräfte verfügten über keine anerkannte Lehramtsprüfung. Zehn Jahre zuvor hatte der Anteil noch bei 4,3 Prozent gelegen. Das [teilte](#) das Statistische Bundesamt am 8. Juli 2026 mit.

12. Leistungsfeedback kann Studienzeit verkürzen

Regelmäßige Rückmeldungen zum eigenen Studienfortschritt im Vergleich zu Mitstudierenden können Bachelorstudierende schneller und mit besseren Noten zum Abschluss führen. Das zeigen Experimente mit mehr als 1.600 Studierenden. Demnach erhält etwa jede siebte Absolventin beziehungsweise jeder siebte Absolvent das Bachelorzeugnis ein Semester früher – ohne höhere Abbruchquoten, zusätzlichen Stress oder eine geringere Studienzufriedenheit. Entscheidend ist jedoch die Art der Rückmeldung: Positives Feedback wirkt besonders förderlich, während Hinweise auf unterdurchschnittliche Leistungen den Studienerfolg beeinträchtigen können. Mit Kosten von rund 14 Euro pro Person könnte gezielt eingesetztes Leistungsfeedback ein vergleichsweise günstiges Instrument zur Verkürzung der Studiendauer sein. Darüber [berichtete](#) das ifo Institut am 15. Juli 2026.

13. Erstes Azubiwohnheim in Berlin eröffnet

Das Land Berlin [eröffnete](#) sein erstes kommunales Azubiwohnheim. In dem Wohnheim in Lichtenberg stehen ab August 2026 insgesamt 154 möblierte Wohnplätze für Auszubildende zur Verfügung. Die Warmmiete beträgt 340 Euro pro Monat und soll jungen Menschen mit Ausbildungsvergütung bezahlbaren Wohnraum in zentraler Lage ermöglichen. Mit dem Projekt reagiert der Senat auf den angespannten Berliner Wohnungsmarkt und will die duale Ausbildung attraktiver machen sowie dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Das Azubiwohnheim gilt als erster Schritt, weitere Wohnangebote für Auszubildende sollen folgen. Der BFB setzt sich für eine Erhöhung der Mobilität der Auszubildenden und bezahlbare Azubiwohnheime ein.

14. Bis zum 4. September 2026 für TidA bewerben

Noch bis zum 4. September 2026 können sich engagierte Auszubildende in Berlin und Düsseldorf für das Stipendienprogramm [„Talente in der Ausbildung“ \(TidA\)](#) bewerben. Mit TidA erhalten besonders motivierte Auszubildende die Möglichkeit, sich bereits während ihrer Ausbildung fachlich, persönlich und gesellschaftlich weiterzuentwickeln. Das Stipendium wird von der Stiftung der Deutschen Wirtschaft gemeinsam mit der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung durchgeführt und richtet sich an Auszubildende in allen dualen Ausbildungsberufen. Der BFB beteiligte sich an der Konzeption und Entstehung von TidA als Teil der Pilotförderung Begabte Auszubildende und Fachkräfte in der Förderung der Begabtenförderungswerke (BAFF) des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt und setzt sich für eine Verlängerung der ursprünglich bewilligten Pilotphase des BAFF über 2029 hinaus ein.

15. Deutsche Kinder- und Jugendstiftung: Mobile Ausstellung „Was gute Demokratiebildung braucht“

Die mobile Ausstellung „Was gute Demokratiebildung braucht“ der [Deutschen Kinder- und Jugendstiftung](#) lädt Fach- und Lehrkräfte aus schulischer und außerschulischer Bildung dazu ein, sich mit zentralen Qualitätsmerkmalen guter Demokratiebildung auseinanderzusetzen. Im Mittelpunkt stehen Kriterien, die nicht nur vermittelt, sondern durch interaktive Elemente, Impulse und Praxisbeispiele erfahrbar gemacht werden. Die Ausstellung basiert auf einem digitalen Reflexionstool und integriert unter anderem Materialien der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie sowie des Deutschen Kinderhilfswerks. Sie richtet sich an Fach- und Leitungskräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Bildung, Politik und Verwaltung. Als mobile Ausstellung kann sie an unterschiedlichen Orten eingesetzt werden und umfasst eine Stellfläche von rund 36 bis 46 m². 2026 ist sie unter anderem am 15. und 16. September beim Bundeskongress „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu sehen. Weitere Einsatztermine sind in Planung. Alle Informationen finden Sie [hier](#).

16. Joachim Herz Stiftung: Preis für berufliche Bildung (Frist 7. September 2026)

Wie bereitet die Berufliche Bildung junge Menschen auf eine zunehmend digitale und KI-geprägte Arbeitswelt vor? Mit dem Joachim Herz Preis – Berufliche Bildung wird ein innovatives Konzept mit Modellcharakter ausgezeichnet, das Künstliche Intelligenz und digitale Technologien in die Berufliche Ausbildung integriert und neue Impulse für die Fachkräfteausbildung setzt. Gefördert wird ein Projektvorhaben einer Beruflichen Schule oder eines Verbundes aus Beruflichen Schulen. Das zugrundeliegende Konzept muss einen herausragenden Innovationsgrad, eine nachhaltige Umsetzbarkeit sowie eine didaktische Einbindung von Künstlicher Intelligenz und digitaler Technologie in Lehr- und Lernprozesse aufweisen. Die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern sowie Betrieben muss erkennbar und das Vorhaben auf andere Berufliche Schulen übertragbar sein. Der Preis ist mit 500.000 Euro dotiert. Alle Informationen finden Sie [hier](#). Eine [Online-Info-Veranstaltung](#) findet am 13. August 2026 statt.

Die nächste Ausgabe des BFB-Freiberufler-Tickers erscheint am 31. Juli 2026.

